

„Trump wird viele neue Schulden machen wollen“

BZ-INTERVIEW mit dem Basler Ökonomen Rolf Weder über den neuen starken Mann an der Spitze der weltgrößten Volkswirtschaft – und darüber, was er vorhaben könnte

FREIBURG/BASEL. Donald Trump wird Präsident der weltgrößten Volkswirtschaft, und niemand kann heute wissen, welche Wirtschaftspolitik er machen wird. Dennoch hat er eine Menge angekündigt und angedeutet. Im Gespräch mit Ronny Gert Bürckholdt denkt der Basler Ökonomeprofessor Rolf Weder laut nach über Trumps Vorstellungen von Wirtschaft sowie über die Chancen und Grenzen, seine Ankündigungen umzusetzen.

BZ: Herr Weder, was glauben Sie wird der neue Mann im Weißen Haus wirtschaftspolitisch so alles unternehmen?

Weder: Das ist natürlich sehr schwierig zu prognostizieren. Was Trump im Wahlkampf gesagt hat, wird er so kaum umsetzen wollen und können. Ich war während des Wahlkampfes in den USA. Ich habe auch Trumps Buch gelesen und bin dabei nicht wirklich schlau aus ihm geworden. Was ich aber erwarte ist, dass er tatsächlich die marode öffentliche Infrastruktur in den USA verbessern wird. Ich erwarte auch, dass sich die USA außenpolitisch ein Stück von der Rolle als Weltpolizist zurückziehen werden. Das wird zu Einsparungen im Staatshaushalt führen, wodurch sich die Investitionen in die Infrastruktur teilweise bezahlen lassen. Das wird aber angesichts der Größe der Probleme etwa auf den Straßen und in den Schulen kaum reichen. Deshalb wird Trump viele neue Schulden machen wollen. Was ich weniger erwarte ist, dass er seine als sehr restriktiv angekündigte Migrationspolitik und eine als ebenso restriktiv behauptete Handelspolitik vor allem gegenüber China so umsetzt. Hier schien es mir darum zu gehen, die Verlierer der Globalisierung emotional anzusprechen. Die tatsächlichen Handlungsoptionen für Trump sind hier klein.

BZ: Was müsste denn Trump tun, um sein Versprechen einzulösen, das er den vermeintlichen oder echten Globalisierungsverlierern gab – das Versprechen auf neue Jobs, steigende Löhne, eigene Häuser.



Rolf Weder

Weder: Es ist schon so, dass vor allem durch den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation und etwa auch durch die Liberalisierung und Internationalisierung des Textilhandels viele Jobs in den USA vernichtet wurden. Der Industriesektor dort war von den 1960er-Jahren bis zum Jahr 2000 recht stabil. Etwa 18 Millionen Menschen waren darin beschäftigt. Zwischen 2001 und 2007 ist diese Zahl um ein Fünftel zurückgegangen. Das ist in so kurzer Zeit enorm. Ein Teil der Menschen, die ihren Job verloren, sind heute



Wo will er hin, dieser Donald Trump?

FOTOS: DPA/PRIVAT

zwar in anderen Branchen oder anderen Bundesstaaten beschäftigt. Der Schock der neuen, starken Konkurrenz in Asien indes bleibt groß. Zudem sind die Einkommen der Geringqualifizierten gesunken, während die der Qualifizierten mitunter stark gestiegen sind. Auch macht sich während eines solch großen Strukturbruchs umso stärker bemerkbar, dass es anders als in Europa in den USA eben kein ausgebautes Sozialversicherungssystem gibt. Die Verlierer der Globalisierung in den USA wurden sich selbst überlassen. Um das klar zu sagen: Alles in allem nützt die Globalisierung den USA sehr, aber sie hat auch viele Verlierer erzeugt. Wenn Trump sein Versprechen einlösen will, ihnen zu helfen, ohne neue Verlierer zu produzieren, müsste er dafür sorgen, dass die negativen Folgen der Globalisierung durch einen Ausbau des sozialen Netzes und der Berufsbildung gemildert werden.

BZ: Der Turbokapitalist Trump müsste also zum Sozialpolitiker werden?

Weder: So gesehen ja. Eine andere Möglichkeit ist, Handelsschranken gegen chinesische Importe zu errichten. Das aber hätte den großen Nachteil, dass die anderen Länder entsprechend reagieren und ihrerseits Handelshemmnisse gegen US-Waren einrichten. Darunter litten weitere Sektoren in den USA. Auch wenn Trump im Wahlkampf eine solche protektionistische Politik tönend angekündigt hat, so kann ich mir nicht vorstellen, dass er bereit ist, den Amerikanern die negativen Folgen einer solchen Politik zuzumuten. Das würde ihm schnell Opposition aus der US-Exportwirtschaft einbringen.

BZ: Falls Trump das egal ist, würde von einem aufflammenden Protektionismus in

der Welt eine weitere Wirtschaft sehr leiden – die deutsche.

Weder: Absolut, genauso wie viele schweizerische Firmen. Aber sowohl die deutsche wie auch die schweizerische Volkswirtschaft importieren ihrerseits auch viele Güter aus den USA, denken Sie an das iPhone. Trump dürfte schnell merken, dass ein derartiger Protektionismus kein gangbarer Weg ist.

BZ: Ist Trump denn überhaupt zur Vernunft fähig oder ist er ein verhaltensgestörter Größenwahnsinniger?

Weder: Wenn man sein Buch liest, klingt es sehr danach, als ob er das selbst geschrieben hätte. Sein Stil tönt überal durch den Text, es hat auch einen hohen Grad von Emotionalität. Es kommen zwar die gleichen Themen zur Sprache wie im Wahlkampf, aber man erkennt, dass Trump in der Lage ist zur Differenzierung. Mich hat es erstaunt, dass er das in den Debatten nicht rüberbringt.

BZ: Was überzeugte Sie bei der Lektüre?

Weder: Dass laut Trump die öffentliche Infrastruktur in den USA eher der eines Entwicklungslandes gleicht als einer Industrienation, und dass dies dringend geändert werden muss, soll die amerikanische Volkswirtschaft produktiver werden. Außenpolitisch spricht er auch die amerikanische Präsenz in Europa und Deutschland an, die den Amerikanern in Europa ja auch viel Kritik einbringt. Trump sagt: Wenn wir solche Länder schon beschützen, sollen sie dafür zahlen. Er braucht dieses Geld schließlich auch für die Investitionen zu Hause. Wenn er es aber tatsächlich ernst meint, die Infrastruktur daheim auf Vordermann zu bringen, braucht er so viel Geld, dass entsprechende Einsparungen im Militär-

budget nicht reichen. Sowohl in seinem Buch wie auch in seinen Reden fehlt mir aber eine klare Überlegung, wie das am Schluss finanziert werden soll. Steuern will er ja nicht erhöhen, sondern senken. Er könnte meinen, dass sinkende Steuersätze die Wirtschaft beflügeln und dass Firmen in die USA rückverlagert werden, und so unterm Strich die Steuereinnahmen steigen. Er hat aber nirgends konkret erklärt, wie er sich das vorstellt.

BZ: Er könnte schlicht und einfach richtig viele Schulden machen. Als Bauunternehmer hat er seine Hochhäuser auch gern auf Schuldenbergen errichtet. Er weiß also, wie man das macht.

Weder: Das mag sein, aber die Staatsschuld der USA ist schon sehr hoch. Auch Präsident Obama stieß immer wieder an die Schuldenlimits

... **BZ:** und am Ende wurden die Limits doch immer angehoben

... **Weder:** Dann müsste Trump den Abgeordneten erst einmal erklären, was er vorhat. Dann hätten wir endlich ein Konzept, über das man debattieren kann.

BZ: Bis jemand ernsthaft an der Zahlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten zweifelt, könnten aber zumindest noch einige Schulden gemacht werden.

Weder: Das stimmt schon, die amerikanischen Staatsanleihen wurden ja auch bei den hohen Schuldenständen der vergangenen zwei, drei Jahrzehnte stets von einer Reihe von Zentralbanken aufgekauft, speziell von China. Diese Bestände sind aber jetzt schon sehr hoch. Und man sollte eines nicht übersehen: Wenn die amerikanische Notenbank nicht bereit ist, neue Staatsschulden mit der Druckerpresse zu finanzieren und eine steigende Inflation zuzulassen, dann steigen die

Zinsen und damit müsste Präsident Trump einen höheren Teil der Steuereinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Dann könnte er schon mal sein Wahlversprechen nicht halten, auch noch die Steuern zu senken.

BZ: Wenn Trump mit seiner Politik für steigende Zinsen sorgt, würde er ironischerweise zum Helden der deutschen Sparer, weil er ihnen das erhoffte Ende der Niedrigzinspolitik bringt und damit endlich wieder Rendite für ihr Ersparnis.

Weder: Nun, so direkt würde ich das nicht ausdrücken. Wenn aber wegen einer steigenden Staatsverschuldung in den USA die Zinsen dort stiegen, könnten das andere Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank als gute Gelegenheit verstehen, ihre Geldpolitik auch weniger expansiv zu machen. Dann würden auch hier die Zinsen steigen. Aber man sollte nicht vergessen: Viele europäische Staaten sind wie die USA hoch verschuldet und auch für sie würden die Zinslasten steigen. Schuldenmachen geht nicht grenzenlos.

BZ: Für den Fall, dass Trump in den USA mit schuldenbasierten Ausgabenprogrammen Erfolg hat und das zu Wachstum führt, würden sich viele im Süden der Eurozone noch mehr bestärkt sehen, dass der deutsche Sparkurs falsch ist.

Weder: Die Situation in den USA und in Europa ist so nicht vergleichbar. Eine Infrastrukturpolitik von Trump soll ja nicht primär die Konjunktur ankurbeln. Die Wirtschaft dort wächst ordentlich, die Arbeitslosigkeit insgesamt ist im Gegensatz zu Europa niedrig. In den USA hat man seit Jahrzehnten die Infrastruktur vernachlässigt, und wenn Trump das Problem nun angeht, würde er mittelfristig die Produktivität der Volkswirtschaft erhöhen. Diese Logik ist so nicht auf die Eurozone übertragbar.

BZ: Erst das Votum der Briten gegen die EU, dann die Wahl Trumps zum US-Präsidenten, bald ein Verfassungsreferendum in Italien, nächstes Jahr Präsidentenwahl in Frankreich und Bundestagswahl in Deutschland. Erleben wir eine Phase auch wirtschaftspolitisch enormer Unsicherheit?

Weder: In jedem Fall. Die Voten in Großbritannien und den USA sind einerseits zweifellos einschneidend, andererseits weiß aber auch niemand, welche Folgen sie konkret haben werden. Man sollte aber sehen, dass diese Voten nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Es sind zu guten Teilen Reaktionen auf eine Vernachlässigung von Gefühlen und Meinungen der Bevölkerung. Die Politik ist zu lange in eine Richtung gegangen, die wohl nicht den Präferenzen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Man muss schon sehr aufpassen, nicht in der Politik eine elitäre Vorstellung zu haben, in welche Richtung sich eine Volkswirtschaft oder eine Wirtschaftsunion entwickeln sollte, und dann anzunehmen, das Volk mache das schon mit. Das funktioniert nicht.

Rolf Weder (56) ist Schweizer und Professor für Außenwirtschaft und Europäische Integration an der Universität Basel. Weder ist verheiratet und hat drei Kinder.

KURZ GEMELDET

CDU-MITTELSTAND Meisterpflicht zurück

Der CDU-Wirtschaftsflügel will die vor mehr als zehn Jahren abgeschaffte Meisterpflicht für viele Handwerksberufe wieder einführen. Sie solle es künftig in den Handwerken wieder geben, „in denen dies verfassungs- und europarechtskonform möglich ist“, zitierte das *Handelsblatt* aus einem Antrag der CDU-Mittelstandsvereinigung für den CDU-Bundesparteitag im Dezember. Seit der Abschaffung sei die Ausbildung im Handwerk „regelmäßig eingebrochen“. **AFP**

FRISCHES GELD FÜR DIE BAHN Bund hält Taschen zu

Die Bahn bekommt einen Teil der vom Bund zugesagten Extra-Milliarden für Züge und Technik erst mit Verspätung. Außerdem ist die vollständige Auszahlung des Geldes an Bedingungen geknüpft. Von der grundsätzlich zugesagten Eigenkapitalerhöhung von einer Milliarde Euro könne nur die erste Hälfte unmittelbar fließen, berichtete die *Welt*. „Die weiteren 500 Millionen Euro wurden mit Sperrvermerk belegt“, sagte ein CDU-Haushaltsexperte. **dpa**

SICHERHEITSBRANCHE Umsatz wächst

Die Sicherheitsbranche in Deutschland wächst kräftig. Alleine die Umsätze von Wach- und Sicherheitsdiensten sowie Detekteien hierzulande legten in den vergangenen Jahren kräftig zu: von rund 4,13 Milliarden Euro 2005 auf 6,90 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Das geht aus Zahlen des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft hervor. Die Zahl der Mitarbeiter kletterte von etwa 168 000 im Jahr 2005 auf knapp 247 000 im vergangenen Jahr. **dpa**

IMMOBILIENKREDITE Maas will Alten helfen

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will älteren Menschen den Zugang zu Immobilienkrediten wieder erleichtern. Im März waren strengere Regeln für Wohnimmobilienkredite in Kraft getreten. „Es darf nicht sein, dass gerade ältere Bankkunden wegen dieser EU-Richtlinie eventuell nur noch schwer einen Kredit erhalten“, sagte Maas der *Rheinischen Post*. „Diese nicht gewünschte Wirkung gehört abgeschafft, und zwar schnell.“ **dpa**

JUNCKER-FONDS Rechnungshof skeptisch

Der Europäische Rechnungshof stellt die geplante Ausweitung des milliardenschweren EU-Investitionsfonds Efsi in Frage. Es gebe wenig Anzeichen, dass eine Verlängerung und Aufstockung des Fonds gerechtfertigt sei, teilten die Rechnungsprüfer mit. „Es ist noch zu früh, um die wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Auswirkungen einzuschätzen oder um zu beurteilen, ob Efsi seine Ziele erreicht“, sagte der zuständige Rechnungsprüfer Kozlowski. **dpa**